



BAYERISCHER LANDTAG
VIZEPRÄSIDENTIN
INGE AURES, MdL

MdL Inge Aures Kronacher Str. 1 95326 Kulmbach

Kulmbach, 26. Feb. 2018

Pressemitteilung

Lärmschutz in Unterbrücklein: Autobahndirektion wiegelt ab

Landtagsvizepräsidentin Inge Aures: „So wie jetzt, kann es auf keinen Fall bleiben!“

Nach wie vor bleibt es in der Schwebe, ob die Bürgerinnen und Bürger von Unterbrücklein einen vernünftigen Lärmschutz gegen den Verkehrslärm auf der Autobahn A 70 erhalten. Die Autobahndirektion Nordbayern sieht aktuell keinen Handlungsbedarf. Das geht aus einer Antwort des Präsidenten der Autobahndirektion, Reinhard Pirner, an Landtagsvizepräsidentin Inge Aures hervor.

Zum Hintergrund: Ende Januar gab es einen gemeinsamen Ortstermin des Neudrossenfelder SPD-Ortsvereins mit den beiden Abgeordneten Inge Aures und Klaus Adelt in Unterbrücklein. Damals beschwerten sich die etwa 40 Bürgerinnen und Bürger, dass der Verkehrslärm seit dem Ausbau der A 70 derart zugenommen habe, dass man sich nicht mehr auf die Terrasse setzen könne. Auch an Schlaf in der Nacht sei kaum mehr zu denken. Die Lebensqualität habe deutlich abgenommen.

Für Inge Aures war klar: so kann das nicht weitergehen. Sie hat sich umgehend an die Autobahndirektion Nordbayern gewandt. Aures verwies darauf, dass nach dem Ausbau der A 70 zwischen der Auffahrt

Maximilianeum
81627 München

Abgeordnetenbüro
Kronacher Str. 1
Eingang Gasfabrikgäßchen
95326 Kulmbach

Tel. 09221 8274531
Fax 09221 8274533
e-mail: post@inge-aures.de

Sekretariat
Elfriede Schmidt
Tel. 09221 8274532
e-mail:
sekretariat-mdl@inge-aures.de

Unterbrücklein und der A 9 von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eine deutliche Zunahme der Lärmimmissionen festgestellt wurde.

Man frage sich, was die im Zuge der Ausbaumaßnahme angelegten Schallschutzwälle für eine Funktion hätten. In der freien Natur existiere ein Lärmschutzwall, dort, wo Menschen wohnen, wurde aber darauf verzichtet.

Ferner wollte Aures von der Autobahndirektion noch wissen, wie hoch das Verkehrsaufkommen vor dem Ausbau war und wie es aktuell ist. Außerdem erfragte sie in ihrem Schreiben den Lärmpegel vor dem Ausbau und den aktuellen Stand.

In seinem Antwortschreiben betonte Direktionspräsident Reinhard Pirner, dass der Planfeststellungsbeschluss der Regierung von Oberfranken zur Grunderneuerung der A 70 festgestellt habe, dass nur in Oberbrücklein an einem Gebäude und in Waldau an zwei Gebäuden der Anspruch auf Lärmschutz bestehe. Ein weiterer Anspruch auf Lärmschutz konnte nicht festgestellt werden.

Auch die Empfindung der Bürgerinnen und Bürger, dass die Lärmemissionen nach der Verkehrsfreigabe der Grunderneuerung der A70 im Jahr 2014 zugenommen haben, konnte Pirner nicht nachvollziehen. Demzufolge weisen weder die Verkehrsentwicklung noch die berechneten Emissionspegel signifikante Anstiege auf.

Ganz anders auch die Position des Direktionspräsidenten bezüglich der Errichtung der neuen Seitendeponie bei Oberbrücklein. Dadurch konnten sowohl die bestehenden Häuser in Oberbrücklein als auch die nach der Grunderneuerung neugebauten Anwesen in Unterbrücklein besser geschützt werden.

„Von einer drastischen Verschlechterung der Lärmpegel kann deshalb objektiv betrachtet nicht die Rede sein“, betont Reinhard Pirner in seinem Schreiben.

Man verstehe seitens der Autobahndirektion Nordbayern die vom Verkehrslärm betroffenen Bürger und man sei deshalb sehr darum bemüht, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten alles dafür zu unternehmen, diese vor übermäßiger unzumutbarere Lärmbelastung zu schützen.

Die gemessenen Immissionspegel lagen vor dem Ausbau bei 58 dB(A) am Tag und 53 dB(A) in der Nacht. Nach dem Ausbau lagen diese bei 57 dB(A) am Tag und 52 dB(A) in der Nacht und somit deutlich unter den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerten für eine Lärmsanierung in Dorfgebieten mit 69 dB(A) am Tag und 59 dB(A) in der Nacht.

Reinhard Pirner versichert, dass seine Behörde alle verfügbaren Möglichkeiten nutzen will, um die Lärmbelastung der betroffenen Anwohner im Rahmen der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu reduzieren.

Für MdL Inge Aures ist die Sache klar: „Grenzwerte und gesetzliche Vorschriften sind das eine, das Empfinden und die Lebensqualität der Menschen steht aber auf einem anderen Blatt. Deshalb muss den Bürgerinnen und Bürgern in Unterbrücklein unbedingt geholfen werden. So wie es jetzt ist, kann es auf gar keinen Fall bleiben“, betont die Landtagsvizepräsidentin.

Freundliche Grüße

Inge A u r e s, MdL